

## DER STEIERMARK

# Familien

zur Gänze selbst finanziert hat. Vom Schätzwert dieses Hauses soll Herr M. jetzt zusätzlich einen jährlichen Zinssatz von 4 % ans Heim bezahlen. „Ich habe Vorschreibungen von insgesamt 650 Euro monatlich bekommen“, erzählt Herr M., der nicht mehr weiß, wie er solche Beträge bezahlen soll.

Der Hintergrund zu dieser neuen, verschärften Vorgehensweise ist folgender: Hat die Heimbewohnerin in den letzten 30 Jahren (!) Vermögen verschenkt und reicht ihr Vermögen bzw. Einkommen nicht aus, um die Heimkosten zur Gänze zu bezahlen, besteht für den Sozialhilfeträger die Möglichkeit, vom Geschenknehmer die gesetzlichen Zinsen vom Wert des Geschenkes zu fordern oder die Sozialhilfe zu verwehren, um den Bedürftigen selbst zur Durchsetzung seiner Ansprüche zu veranlassen.

Von dieser Möglichkeit wurde bis vor kurzem (2 bis 3 Jahre) von den Sozialhilfeträgern kein Gebrauch gemacht. Nun gibt es in der zuständigen Fachabteilung des Landes eine neue Leiterin, und diese hat eine Rechtsmitteilung an alle

BHS, Sozialhilfverbände und den Magistrat herausgegeben und diese aufgefordert, so vorzugehen.

## Das Gefühl, zur Last zu fallen

Herr M., der seine Mutter regelmäßig besucht, hat ihr nicht erzählt, dass das Sozialamt jetzt auch ihn kräftig zur Kasse bittet, „um sie nicht unnötig zu belasten“, sagt er, und spricht damit an, was viele Betroffene bereits am eigenen Leib erfahren haben: Durch diese unbarmherzige Vorgehensweise werden nicht nur Existenzen zerstört, sondern auch innerfamiliäre Beziehungen extrem belastet. Zur Hilflosigkeit der pflegebedürftigen Eltern gesellt sich das Gefühl, den eigenen Kindern zur Last zu fallen. Anstatt ihren Kindern eine Starthilfe fürs Leben geben zu können, müssen sie nun zusehen, wie nicht nur ihr eigenes Lebenswerk binnen kürzester Zeit vernichtet, sondern auch die Existenzen ihrer Kinder bedroht werden.

Vertraglich garantiert ist bei diesem System nur eins: der Gewinn der privaten Pflegeheime.

## Die andere Art der Erbschaftssteuer

Ein Platz in einem Seniorenpflegeheim wird immer teurer. Kaum eine Pension reicht aus, um die hohen Kosten zu bezahlen. So wird auch das Vermögen eines der Gepflegten herangezogen, um das Heim zu finanzieren. Das bedeutet mitunter den Verlust des schwer erarbeiteten Eigenheims oder des mühsam ersparten Notgroschens.

KPÖ-Landtagsabgeordnete Renate Pacher schildert die Nöte dieser Menschen: „Viele Betroffene empfinden dies

als Zerstörung ihres gesamten Lebenswerkes. Es erfüllt sie mit Bitternis, ihren Kindern nichts mehr vererben zu können.“

Nächstes Jahr wird die Erbschaftssteuer abgeschafft. Ein Geschenk der Regierung an die Besitzer großer Vermögen. „Für die breite Masse jedoch wird durch die Kostenexplosion im Pflegebereich und die Heranziehung des Vermögens der Pfinglinge eine andere Art von Erbschaftssteuer durch die Hintertür wieder eingeführt“, gibt Pacher zu bedenken.

## KOMMENTAR

# Schluss mit der Geschäftemacherei!

Von KPÖ-LABg. RENATE PACHER



„Wir sind in einem Markt, wo wir uns keine Sorgen ums Geschäft machen müssen. Das Volumen ist enorm und es wird weiter wachsen“, sagt Gerhard Moser, Chef der privaten Kräutergarten-Gruppe, die auch in der Steiermark mehrere Seniorenpflegeheime betreibt. Und er hat leider Recht. Nicht umsonst drängen immer mehr Privatunternehmer in die Alten- und Pflegebetreuung.

Die Steiermark hat hier österreichweit eine unheilvolle Vorreiterrolle. Von den derzeit 198 steirischen Pflegeheimen sind nur mehr 40 in öffentlich-gemeinnütziger Hand, 43 werden von privat-gemeinnützigen Institutionen betrieben und 115 von privat-gewinnorientierten. Und das hat seine Auswirkungen:

Die Heimkosten explodieren, Einbettzimmerzuschläge werden eingeführt, es gibt zu wenig Personal in den Heimen und die im privat-gewinnorientierten Bereich Beschäftigten werden mit einem schlechteren Kollektivvertrag abgespeist.

Das entspricht der inneren

Logik dieser Betriebe. Hier ist der Gewinn das oberste Ziel. Die Anstellung von mehr Personal oder ein besserer Kollektivvertrag, das geht auf Kosten des Profites und wird daher nicht umgesetzt.

In anderen Bundesländern wird per Gesetz deutlich mehr Personal vorgeschrieben als in der Steiermark. Hinzu kommt noch, dass in der Steiermark der ohnehin geringe Personalschlüssel um bis zu 10 % unterschritten werden darf.

Es ist gar nicht so lange her, da ließen Meldungen über skandalöse Zustände in steirischen Pflegeeinrichtungen aufhorchen.

Für uns ist völlig klar: Profitmacherei hat im Pflegebereich nichts verloren. Das ist das oberste Prinzip. Die Steiermark braucht dringend ein Konzept, damit diese privaten, gewinnorientierten Heimbetreiber wieder zurückgedrängt werden.

Es darf nicht sein, dass sich private Heimbetreiber am Rücken des Personals und auf Kosten der alten Menschen eine goldene Nase verdienen.

KPÖ-LABg. Renate Pacher



Sparen beim Pflegepersonal steigert den Profit privater Pflegeheime.